

3rd international conference on degrowth for ecological sustainability and social equity

19.-23. September 2012, Venedig

Konferenzbericht von Dipl.-VW Katharina Hirschbrunn

Die dritte internationale Degrowth-Konferenz fand vom 19.-23. September in Venedig statt und wurde von der Unversita IUAV di Venezia, von der Universta degli studi di Undine und vom Netzwerk Degrowth & Research veranstaltet. Die Konferenz sah sich als eine Zusammenkunft von Wissenschaftlern, politischen Akteuren und Praktikern. Etwa 700 Teilnehmer nahmen an den wissenschaftlichen oder praxisbezogenen Veranstaltungen teil, die auf die drei Themenbereiche Commons, Arbeit und Demokratie ausgerichtet waren.

Meiner Wahrnehmung nach waren etwa die Hälfte der Teilnehmer Praktiker, unter anderem aus Transition-Initiativen oder Ökodörfern. Im praktischen Programm wurden die Bürger Venedigs in das Programm zur nachhaltigen Stadt mit einbezogen. Es fanden unter anderem öffentliche Debatten und Vorträge zu solidarischen Ökonomie, lokalen Gemeinschaften, Energiegenossenschaften, solidarischer Landwirtschaft, land grabbing, Ökologie und Spiritualität statt. Daneben wurde Saatgut getauscht, Brot gebacken, es gab Workshops zu Permakultur und einen Markt mit nachhaltigen und solidarischen Produkten.

Ich nahm zumeist am wissenschaftlichen Programm teil. Unter den wissenschaftlichen Teilnehmern waren vor allem DoktorandInnen aus Frankreich, Spanien, Italien und den deutschsprachigen Ländern. Da sich auch die ProfessorInnen in ihren Vorträgen an ein breites Publikum wandten, musste man die detaillierteren Ausführungen im Anschluss an die Konferenz in ihren Publikationen nachlesen. In diesem Überblick will ich mich auf die zentralen Podien beziehen.

Eröffnung

Die Anthropologin und Trägerin des alternativen Nobelpreises Helena Norberg-Hodge berichtete von ihrer jahrzehntelangen Feldarbeit in verschiedenen Ländern. Sie kritisierte die internationalen Handelsregeln. Der ursprüngliche Sinn von Handel sei inzwischen in vielen Fällen fraglich, da viele Industrienationen dieselben Mengen an denselben Produkten ein- und ausführen. Dies führe zu massiven ökologischen Problemen. Auch die Rolle von Mikrokrediten sah sie kritisch. Bauern würden aus der

Subsistenz in eine Abhängigkeitssituation wechseln. Die Produktion für lokale Märkte sei sicherer. Von der starken Exportorientierung würden in erster Linie die Händler profitieren. Lokale Unternehmen könnten hingegen den Gewinn für die Region und die Arbeitsplätze um das Dreifache erhöhen. Ihr Verständnis von Lokalismus impliziere aber nicht eine komplette Abwendung vom internationalen Handel. Dieser müsse sich aber auf ein sinnvolles Maß beschränken (d.h. nicht Wein gegen Wein) und sich am Menschen orientieren anstatt für Großkonzerne designt zu werden.

In diesem Punkt traf sie sich mit dem französischen post-development Theoretiker Serge Latouche, der zu einem Wandel vom gegenwärtigen Protektionismus für Großkonzerne und Finanzinstitutionen hin zu einem Protektionismus für die Armen und die Umwelt aufrief.

Der Transition Town-Vordenker Rob Hopkins berichtete von konkreten Projekten, die den sozialen Zusammenhalt und die ökologische und ökonomische Resilienz von Gemeinden stärken sollen, wie etwa Urban Gardening oder einem Trash carnaval. Im deutschsprachigen Raum gibt es inzwischen 80 Transition Town Initiativen sowie 200 Urban Gardening Projekte und interkulturelle Gärten.

1. Tag: Entwicklung

Post-Entwicklungs-Theoretiker Arturo Escobar legte dar, der Süden dürfe nicht mehr als „needs to develop“ beschrieben werden. Auch seien historische und kulturelle Unterschiede zu berücksichtigen. Als Beispiel dafür nannte er Buen Vivir als spirituellen, biozentristischen, kommunitaristischen, nicht-kapitalistischen Ansatz. Dringend sei es aber, in allen Kulturen Lösungen für zentrale Probleme wie Armut, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit zu finden.

Der Industrieökologe Francois Schneider begründete die Verwendung des Wortes „degrowth“ für seine Forschungsrichtung. Eine explizite Betonung der Grenzen sei notwendig und in Bezeichnungen wie „growth“, „progress“ oder „quality of life“ nicht gegeben. Der Begriff degrowth bezeichne die kollektive Entscheidung, weniger zu produzieren und zu konsumieren. Ungleichheit führe zu einem Status-Rennen und damit zu dem Bedürfnis nach immerwährendem Wachstum. Die Postwachstumsforschung vereine alte und neue Ansätze sowie Forschung und Praxis.

Der Befreiungstheologe Marcel Barros betonte die Notwendigkeit zu Teilen um Armut zu beenden sowie die Interdependenz zwischen Menschen anzuerkennen.

2. Tag: Commons

Gianni Tamino führte aus, die Privatisierung von Natur sei eine große soziale Ungerechtigkeit. Der Ausschluss eines Teils der Bevölkerung vom Gebrauch gewisser Güter sei aber der vorherrschenden Ansicht nach notwendig, damit Unternehmen Gewinn machen könnten. Darüber hinaus habe die Orientierung an der Gewinnmaximierung zum massiven Wertverlust der Natur seit der Industriellen Revolution geführt. Heute würden Produkte aufgrund von Sättigungstendenzen konstruiert, um kaputt zu gehen. Er plädierte daher für eine Ausweitung des gemeinschaftlichen Eigentums (Commons).

Silke Helferich, die mit der Heinrich Böll Stiftung einen Sammelband zu „Commons“ herausgegeben hat, kritisierte die wirtschaftswissenschaftlich häufig verwendete Definition von Commons als öffentliche Güter, die nicht-ausschließbar aber rival sind. Dem setzte sie entgegen, es seien nicht festgeschriebene Eigenschaften, sondern die Institutionen der Menschen, die Güter zu Commons machten. Sie schlug verschiedene Abgrenzungsmöglichkeiten für Commons vor, unter anderem 1. Was wir brauchen 2. Geschenke der Natur 3. Was kollektiv hergestellt wurde. Commons seien ein soziales System, das durch Gemeinschaften und Netzwerken entstünde (vgl. Ostrom). Auch sei ein gemeinschaftliches Eigentum nicht zwingend notwendig, sondern auch Gebrauchsrechte wären gemeinsam möglich. Wie Tamino kritisierte sie, das gegenwärtige Wirtschaftssystem sei auf Knappheit ausgerichtet und exkludiere daher Menschen auch von nicht-rivalen Gütern wie Wasser, um den Unternehmen Profit zu ermöglichen. Zentral war auch die Aussage: Nicht nur der zu starke Gebrauch von Gütern wie Wasser sei ineffizient sondern auch der zu geringe Verbrauch.

Institutionen seien heute so konzipiert, dass sie den Wettbewerb und die Märkte förderten. Sie könnten daher auch umstrukturiert werden, sodass sie gemeinschaftliche Kooperation ermöglichen. Für die gemeinschaftliche Nutzung habe Ostrom wichtige Voraussetzungen genannt, wie etwa die Festlegung von Regeln und Sanktionen durch die jeweilige Gemeinschaft.

Der Vorteil von Commons (in Helferichs Definition) sei, dass sie sich nicht am Profit orientierten sondern an den Bedürfnissen der Gesellschaft. Dadurch existiere kein Wachstumszwang wie bei profitorientierten Unternehmen. Es sei keine unsichtbare Hand oder keine Staat notwendig, sondern die Menschen selbst könnten gemeinsam die Ziele der Nutzung festlegen.

Bei nicht-rivalen Gütern (etwa bei Informationen) sollte der Zugang offen sein, bei rivalen Gütern müsste es hingegen einen beschränkte Zugang für alle geben.

3. Tag Arbeit

Maurizio Pallante betonte den Unterschied zwischen „work“ und „employment“, zwischen „goods“ und „commodities“ sowie zwischen „wealth“ und „money“. Das Grundproblem sei, dass in einer stark auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft die Unternehmen Arbeitsplätze durch Technologie ersetzen. Dies führe zu Arbeitslosigkeit und verringere die Kaufkraft. Durch private Schulden werde die Nachfrage künstlich aufrecht erhalten. Durch den Effekt der Arbeitsproduktivität seien die Arbeitsplätze trotz massiven Wirtschaftswachstums nicht gestiegen. Er sprach sich daher für eine neue Definition von Effizienz aus. Durch Abfallbeseitigung und die Dämmung von Häusern etwa könnten Arbeitsplätze geschaffen und die Nachhaltigkeit verbessert werden, das BIP falle aber gegebenenfalls. Marco Agostinelli verwies auf die Gleichzeitigkeit von extrem hoher Arbeitslosigkeit von 65% unter Jugendlichen in Italien, während andere weit über 40 Stunden pro Woche arbeiten.

Gilbert Rist sah in der Volkswirtschaftslehre noch immer das Entwicklungsparadigma des 18ten Jahrhunderts dominant. Die Annahme des homo oeconomicus basiere auf unbegrenzten Bedürfnissen in einer knappen Welt. Dies führe notwendigerweise zu Gewalt; der Einzige Ausweg sei demzufolge Wachstum.

Nutzen der Konferenz

Für das Weltgemeinwohl-Projekt war die Teilnahme an der Konferenz wichtig, weil Fragen zur Nachhaltigkeit, zu Wirtschaftswachstum und zur sozialen Gerechtigkeit aus der Perspektive verschiedener Disziplinen, Theorien und auch Akteure beleuchtet wurden. Insbesondere die Notwendigkeit, Umwelt auf der einen und Soziales und Armutsbekämpfung auf der anderen Seite zu vereinigen wurde sehr deutlich. Es zeigten sich dabei Diskrepanzen zwischen konservativen, am Lokalismus orientierten Ausrichtungen und feministischen/ emanzipatorischen ForscherInnen. Auch die Betonung von Ökologie auf der einen und Umverteilung auf der anderen Seite variierte stark.

In zahlreichen Workshops wurden wissenschaftliche Papers diskutiert. Insbesondere einige volkswirtschaftliche Workshops waren wichtig für mich, da viele der Postwachstums-Theoretiker Anthropologen sind und die volkswirtschaftliche Forschung zu dem Thema noch ganz am Anfang steht. Hier entstanden viele Anregungen und Verbindungen zu VWL-Professoren und -Doktoranden.

Durch die zahlreichen Workshops und Diskussionen konnte ich Kontakte zu verschiedenen Forschungsinstituten, europäischen Institutionen und anderen Doktoranden knüpfen. Zum dritten Tag der Konferenz (Demokratie) sowie zu den verschiedenen Workshops gebe ich auf Anfrage gerne Auskunft unter Katharina.Hirschbrunn@hfph.de